



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

# KURZ-KNAPP-KAUFMANN

## DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 41/22)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 41 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

*Michael Kaufmann*  
Ihr Michael Kaufmann

## KOMMENTAR: POLITIK UND TAGESGESCHEHEN



14. Oktober 22

### **Bald auch bei uns? „Strom-Wetterbericht“ wegen Blackout-Gefahr in französischen Medien. Darum: Ausstieg aus dem Atomausstieg!**

Berichte zur aktuellen Belastung des Stromnetzes sollen Franzosen informieren, ob sie etwa gerade ihren Backofen anstellen sollten. Ein Modell für Deutschland?“ - so schrieb es die Berliner Zeitung in dieser Woche.

In Frankreich droht ein Blackout, den die Regierung nun mit einem „Strom-Wetterbericht“ verhindern will.<sup>1</sup>

Die Ursache ist auch in unserem Nachbarland unter anderem in verfehlter Energie-Politik zu finden:

Noch zu seinem Amtseintritt 2017 versprach Macron, als Konzession an die Grünen, den Anteil an Kernenergie von bisher durchschnittlich über 70 auf 50 Prozent herunterzufahren und dafür die erneuerbaren Energien zu fördern.

Zu diesem Zweck wurde auch das Doppel-AKW Fessenheim/ Elsaß stillgelegt.

Da während der Corona-Krise die üblichen Wartungsarbeiten ausgesetzt wurden, müssen diese nun nachgeholt werden. Dazu kommen Reparaturarbeiten an veralteten Reaktoren.

Durch diese Umstände drohen in Frankreich aktuell Versorgungsengpässe, die Stromkosten explodieren.

Macron verzog längst eine Kehrtwende und kündigte den Bau 14 neuer Reaktoren an.<sup>2</sup>

Die zu wartenden Reaktoren sollen schnellstmöglich zurück ans Netz.

Der Fall Frankreichs zeigt, wie wichtig es ist, rechtzeitig auf grüne Kernenergie zu setzen und in moderne und sichere Anlagen zu investieren.

Denn Strom nur nutzen zu können, wenn er gerade verfügbar ist und nicht dann, wenn man ihn braucht, ist für ein Industrieland tödlich. Daher wird bei unseren Nachbarn gerade alles daran gesetzt, diese temporären Ausfälle zu beseitigen - während hierzulande völlig verantwortungslos und kurzsichtig an einem endgültigen Atomausstieg festgehalten wird.

<sup>1</sup> BZ vom 6.10.22 „Drohende Ausfälle: Frankreich führt Strom-Wetterbericht ein“

<sup>2</sup> Der Standard vom 10.02.22 „Frankreich baut 14 neue Atomkraftwerke“



Mittwoch

## **Befragung Bundesgesundheitsminister Lauterbach:**

- Minister Lauterbach thematisiert in seiner Einleitung den Beginn einer Corona-Herbst-/Winterwelle, die nicht überraschend käme, für die er und sein Ministerium jedoch bestens vorgesorgt hätten: Genügend angepasste Impfstoffe seien besorgt worden, ein Pandemieradar, das den Bundesländern „rechtzeitiges „Eingreifen“ erlaube wurde eingerichtet und entsprechende Medikamente eingekauft. Er habe schon mehrfach Paxlovid von Pfizer empfohlen, was auch in der HIV-Behandlung Verwendung findet. Auch Remdesevir wird empfohlen, welches zuvor schon gegen Ebola und das Marburgvirus eingesetzt wurde. Letzteres soll akute Nierenschäden verursachen können.
- Frage von Martin Sichert, AfD: Sind die neuen Impfstoffe nun sicherer? Schließlich habe in der Vergangenheit die Sicherheit der Impfstoffe mangels endgültiger Zulassung und Erprobung zu Todesfällen geführt, weshalb etwa AstraZeneca für junge Menschen nicht mehr eingesetzt wurde.
- Konter von Lauterbach: Aufgrund des milliardenfachen Einsatzes der Impfstoffe lägen nun präzise Daten zu den Nebenwirkungen dieser Impfstoffe vor.
- Waren die bisherigen Impfdosenempfänger also einfach ein riesiger Feldversuch?
- In der Bundespressekonferenz am Freitag stellte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach schließlich seine Kampagne für den Herbst vor: „Ich schütze mich“. Eine Plakataktion, die Menschen dazu anhalten soll, ihren Impfstatus aktuell zu halten. Insbesondere über 60-jährige sollen die 4. Impfung erhalten, so Lauterbach, damit das Sterberisiko um 90% gesenkt werden könne. (Pers. Anmerkung: Bei einer Krankheit, bei der die Sterbewahrscheinlichkeit an und mit Corona nach Ansteckung bei ca. 4 Promille liegt und ca. 90 % der Sterbefälle über 70 Jahre alt sind <https://de.statista.com/infografik/23756/gesamtzahl-der-todesfaelle-im-zusammenhang-mit-dem-coronavirus-in-deutschland-nach-alter/>)

## **In der ersten Lesung in der allgemeinen Fragestunde wurde Staatsministerin der Finanzen Katja Hessel befragt.**

- Das 200-Milliarden-Paket der Gaspreisbremse („Doppelwumms“) kommt durch eine Einmalzahlung im Dezember und eine sog. Gaspreisbremse ab Febr./März.
- Peter Boehringer, AfD: Alles soll über einen neuen „Schattenhaushalt“ finanziert werden, nämlich den Wirtschaftsstabilisierungsfonds, der ursprünglich ein Corona-Wiederaufbaufonds war und vorrangig Kreditermächtigungen vorsah.
- Auch das sogenannte „Klimaticket“ in Höhe von voraussichtlich 49€ wird kommen, für das die BuReg. 1,5 Mrd. € locker macht.
- Mit der Errichtung eines „Bundesfinanzkriminalamtes“ wird eine neue Behörde zur Geldwäschebekämpfung geschaffen.
- Frage von Prof. Michael Kaufmann, AfD: Plant die Regierung die Einführung einer Sondersteuer für Impfstoffhersteller aufgrund der „unanständigen Gewinne“ mit Impfstoffen (Zitat Frank-Ulrich Montgomery), das wurde verneint. Auf Nachfrage wurde erklärt, dass man nicht zwischen anständigen und unanständigen Gewinnen unterscheiden könne.
- Weitere Frage von Prof. Michael Kaufmann, AfD: Wird der Mittelstand ggf. weiter geschwächt dadurch, dass Fachkräfte abwandern könnten, wenn die freiwillige 3.000-€-Prämie nicht geleistet werden könne? Frau Hessel sah darin kein Problem, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände hätten sich hierzu in der „Unterhak-Aktion“ von Kanzler Scholz positiv geäußert.

## **Antrag 20/3931 der AfD: Aus dem gemeinsamen Europäischen Asylsystem (‘GEAS) aussteigen**

- Der Antrag der AfD, aus dem gemeinsamen Europäischen Asylsystem nach dem Vorbild Dänemarks auszusteigen, wurde an den Innenausschuss überwiesen.
- Spätestens 2015 hatte sich die Regierung Merkel über nationales sowie gemeinsames Recht (Dublin III) hinweggesetzt, als sie für jedermann die Grenzen öffnete. Es ist daher dringend nötig, das Chaos zu beenden und das Erbe Merkels, also die überproportionale deutsche Last durch ein eigenes Asylsystem zu beenden.



### **Erste Lesung des Gesetzesentwurfes der Ampel-Koalition „Bürgergeld“ 20/3873**

- Erste Lesung des Gesetzesentwurfes zum „Bürgergeld“, das ab 1. Jan 2023 der Nachfolger von Hartz IV (ALGII) und Sozialgeld wird, allerdings unter gelockerten Bedingungen, wie z.B. zweijährige Karenzzeit ohne Vermögensüberprüfung, abgemilderte Sanktionen, sowie finanzielle Anreize für Weiterbildung.
- Die AfD versuchte, diese Vorstufe zum bedingungslosen Grundeinkommen durch einen Antrag, „aktivierende Grundsicherung“ abzuwenden. Sie fordert: ein langfristiger Transferbezug muss die Ausnahme bleiben, daher sollen volljährige erwerbsfähige Leistungsbezieher nach einer Karenzzeit von 6 Monaten 15 Stunden in der Woche „Bürgerarbeit“ leisten.
- Der Antrag wurde in den Ausschuss Arbeit und Soziales überwiesen.

### **Antrag 20/3933 von CDU/CSU: Aufgabe aller Migrationspläne im Koalitionsvertrag, die Anreize auf verstärkte Zuwanderung auslösen könnten**

- Dr. Bernd Baumann, AfD: In der Forderung der CDU, die von der Regierung angekündigte Rückführungsoffensive in die Tat umzusetzen, sei nur Hohn zu erkennen, nachdem diese in Regierungsfunktion 16 Jahre lang nennenswerte Abschiebungen verhindert hatte.

### **Antrag der Linken 20/2686: Strom- und Gassperren verbieten**

- In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag mit großer Mehrheit auch von der AfD abgelehnt.
- Karsten Hilse, AfD : Immer, wenn Kommunisten ein von Ihnen mitgeschaffenes Problem nicht lösen, sondern nur verschleiern wollen, spielen sie sich als Robin Hood auf, nehmen den Reichen und geben den Armen. Das geht solange, bis die Substanz aufgebraucht ist. Und sie sind schließlich diejenigen, die jeglicher Energieverknappung immer zugestimmt haben, wie auch den wohlstandsvernichtenden Pariser Klimazielen.

### **Antrag der Linken 20/3483: Strom- und Gaspreisdeckel**

- Enthaltung der AfD.
- Marc Bernhard, AfD: Diese Regierung hat es nicht nur versäumt, rechtzeitig die Weichen zu stellen, nein, sie hat die Katastrophe sehenden Auges acht Monate auf sich zukommen lassen. Im Juli wurde der AfD-Antrag „Kernkraftwerke weiterlaufen lassen“ in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Die AfD forderte NS2 in Betrieb zu nehmen, sowie seit Monaten die Förderung der eigenen Gasvorkommen, die die nächsten 40 Jahre russisches Gas ersetzen könnte, sowie Steuersenkungen.

### **Aktuelle Stunde zum Cum-Ex- und Cum-Cum-Skandal auf Antrag der CDU/CSU**

- Alle Fraktionen waren sich einig, dass der Vorgang weiter aufgeklärt werden muss. Durch Veröffentlichung eines neuen Buches wurde nun bekannt, dass Hamburg das einzige Bundesland war, das keine Cum-Ex –Rückforderungen gestellt hatte.
- Albrecht Glaser, AfD rekapitulierte: durch Cum-Ex wurde deutschlandweit ein wohl zweistelliger Milliardenbetrag hinterzogen, sogar KfW, Commerzbank, West-LB, VW, Deutsche Post und andere Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung sind involviert. In Köln ermitteln derzeit 19 Staatsanwälte gegen rund 1000 Beteiligte. Warburgbank in Hamburg hat sich 169 Mio. erschlichen. 2016 drohten ca. 47 Mio. zu verjähren, in der Zeit, als Olaf Scholz 1. Bürgermeister von Hamburg war. 2017 insistierte ein Beamter der Bundesfinanzbehörde darauf, dass die Hamburger Behörde mit einem Erlass die Verjährung verhindern solle. Der Beamte wurde nach Amtsantritt von Scholz in Berlin frühpensioniert, die Forderung über 47 Mio. fiel in die Verjährung.

### **Antrag der CDU 20/3932: „Güterverkehrs- und Logistikbranche aus der Krise führen“**

- „Das Skelett der Wirtschaft“ in Deutschland, die Verkehrs- und Logistikbranche sollte wohl durch den Antrag zur politikverursachten Krise ein wenig beruhigt werden: Die Branche steht durch die horrenden Energiekosten, Fahrer-mangel, hohe Ausbildungsstandards und kommende Mautpreiserhöhung vor dem Abgrund.
- Die CDU schlägt gleich zweimal einen runden Tisch der Politik vor.

- René Bochmann, AfD, nannte die Lösungen beim Namen: Sanktionen gegen Russland beenden, bisher vertraglich vereinbarte Gasabnahmen von Russland nutzen, CO2-Abgabe streichen, keine Mauterhöhung, Sanierung der Verkehrsinfrastruktur, Förderung der Ausbildungsberufe, MWST. insgesamt auf 7% senken!
- Der Antrag ging in den Ausschuss Verkehr.

### **CDU/CSU: Antrag 20/1334 zu einem steuerlichen Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende wg. hoher Inflation**

- Der steuerliche Entlastungsbeitrag solle auf 5.000 € angehoben werden.
- Der Antrag wurde direkt abgelehnt von der Ampel-Einheitsfront, die Linke enthielt sich
- Die AfD hatte den Antrag für gut befunden und dafür gestimmt.

### **Antrag der AfD: „Grüne Inflation und CO2-Besteuerung beenden-Wohnen wieder bezahlbar machen“**

- Die AfD fordert: CO2-Bepreisung sofort abschaffen, die Umsatzsteuer für Energie zeitlich befristet auf 0 senken, Grundsteuergesetz abschaffen, sowie auch die Reparatur der Gaspipelines und Inbetriebnahme von NS1 und NS2.
- Der Antrag wurde an den Ausschuss überwiesen.

## Freitag

### **Finanzierungsvorhaben des Scholzchen „Doppelwumms“, 20/3937: „Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes“.**

- M. Middelberg, CDU: die Gaspreisbremse soll beim Grundbedarf (80% des Vorjahresbedarfs) den Preis bei 12 Ct./KWh ab März 2023 deckeln.
- Finanziert wird dies durch die Umwidmung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (ehemals Corona-Notfonds über Garantien des Bundes für große Unternehmen gem. KMU-Definition). 200 Milliarden € sollen in Gas- und Strompreisbremse ‚versenkt‘ werden. Man nennt den Fonds Sondervermögen, obwohl es sich um Sonderschulden handelt, und es ein Schattenhaushalt ist.

### **Gegenantrag der AfD 20/3944 „Keine neuen Schattenhaushalte“**

- Beide Anträge wurden an den HH-Ausschuss überwiesen.
- Peter Boehringer, AfD: die Schuldenaufnahme läge 2022 nun bei rund 500 Mrd. €, was einem ganzen Haushalt entspricht, dazu werde noch mehr als die Hälfte über Schattenhaushalte finanziert (Bundeswehr-Sondervermögen und nun „Abwehrschirm“).
- Die AfD wird dieser Umwidmung nicht zustimmen. Außerdem werden Gasnutzer vor Ölnutzern bevorzugt, was rechtlich höchst bedenklich ist.

### **Beratung des Berichts des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, sowie des Jahresberichts der Regierung zum Stand der Deutschen Einheit 2021**

- Schließlich wurde der Bericht des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland 2022 sowie der Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2021 beraten. Dabei mussten sich wohl viele Mitbürger im Osten als regelrecht bevormundet vorkommen.
- Leif-Erik Holm, AfD: Wozu brauchen wir einen „Ostbeauftragten“? Man muss uns einfach machen lassen...Es verstört deutsche Demokraten im Osten zutiefst, wenn in Thüringen Wahlen rückgängig gemacht werden, und versprochene Neuwahlen einfach nicht stattfinden. Über die Hälfte der Ostdeutschen meinen, dass die Meinungsfreiheit nicht mehr gewährleistet ist. Wir brauchen kein betreutes Denken durch Politik und Medien und benötigen keinen Genderquatsch. Und wir halten es für bewiesen, dass es genau zwei Geschlechter gibt. Wir lieben unser Land! -- Kann man dem noch etwas hinzufügen?



## Debatte zur Verleihung des „Virchow Prize for Global Helath“

- Die Verleihung des Preises unter der diesjährigen Schirmherrschaft von Bundespräsident Steinmeier, lässt erahnen, dass die supranationalen Organisationen, die mit Konzernen und NGOs verwoben sind, immer mehr Einfluß in Politik und Wirtschaft ausüben. Die Stiftungsgründer sind unter anderem Friede Springer, sowie der Vorsitzende des Kuratoriums „World Health Summit“, eines Komitees der WHO.
- Marc Jongen, AfD: Geehrt wird mit 500.000 € ein Professor namens Nkengasong, der als Sondergesandter der WHO in Afrika den Vertrieb der Impfdosen von Johnson&Johnson promotet, und sich darüber aufregt, dass anscheinend nicht genügend Nachfrage herrscht.

## Pressekonferenz von Minister Lauterbach

- Oben bereits aufgeführt, ist die Pressekonferenz am Freitag noch aus einem weiteren Grund erwähnenswert: Lauterbach hatte sozusagen als lebendiges und abschreckendes Beispiel eines Long-Covid-Opfers in der PK eine Autorin namens Margarete Stokowski vorsprechen lassen, die anscheinend eine vehemente Antifa-Aktivistin ist, oder zumindest war. Es gibt einen Artikel im Spiegel vom Sept. 2018 von ihr mit dem Titel „Es kann nicht genug Antifa geben“. So schilderte sie nun in mitleiderregendem Ton ihre Long-Covid-Symptome, die sie einer Covid-Erkrankung verdankt, obwohl sie dreimal geimpft war.
- Entsprechende kritische Fragen an sie wurden gar nicht erst gestellt oder schnell von Herrn Lauterbach abgehandelt.

## VERMISCHTES



12.10.22

Die Petition zur „Stuttgarter Erklärung“ braucht dringend Unterstützung. Bitte lesen und unterschreiben, damit das Thema im Bundestag diskutiert wird.

Link zur Petition:

[https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/2022/07/26/Petition\\_136760.html](https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/2022/07/26/Petition_136760.html)



13.10.22

Inzwischen sind mehr als drei Viertel der Befragten der Meinung, dass die deutschen Kernkraftwerke längerfristig laufen sollen. Nur eine kleine Minderheit, die ungefähr dem Anteil der Grünen entspricht, lehnt das vollständig ab.

Bildquelle: Screenshot Schwäbische Zeitung/ Civey-Umfrage abgerufen am 13.10.22





## Wie retten wir uns vor der Energiewende?

10. Oktober 22

Wem noch nicht klar war, dass die Energiewende gescheitert ist, der kann das heute von ausgewiesenen Experten erfahren.

Die Veranstaltung gibt's auch als Video auf Tichys Einblick.

U.a. auf der Dresdener Messe dabei:

- Prof. André Tess, Uni Stuttgart
- Prof. Michael Beckmann, TU Dresden
- Prof. Fritz Vahrenholt, Umweltsenator Hamburg a.D.



15.10.22

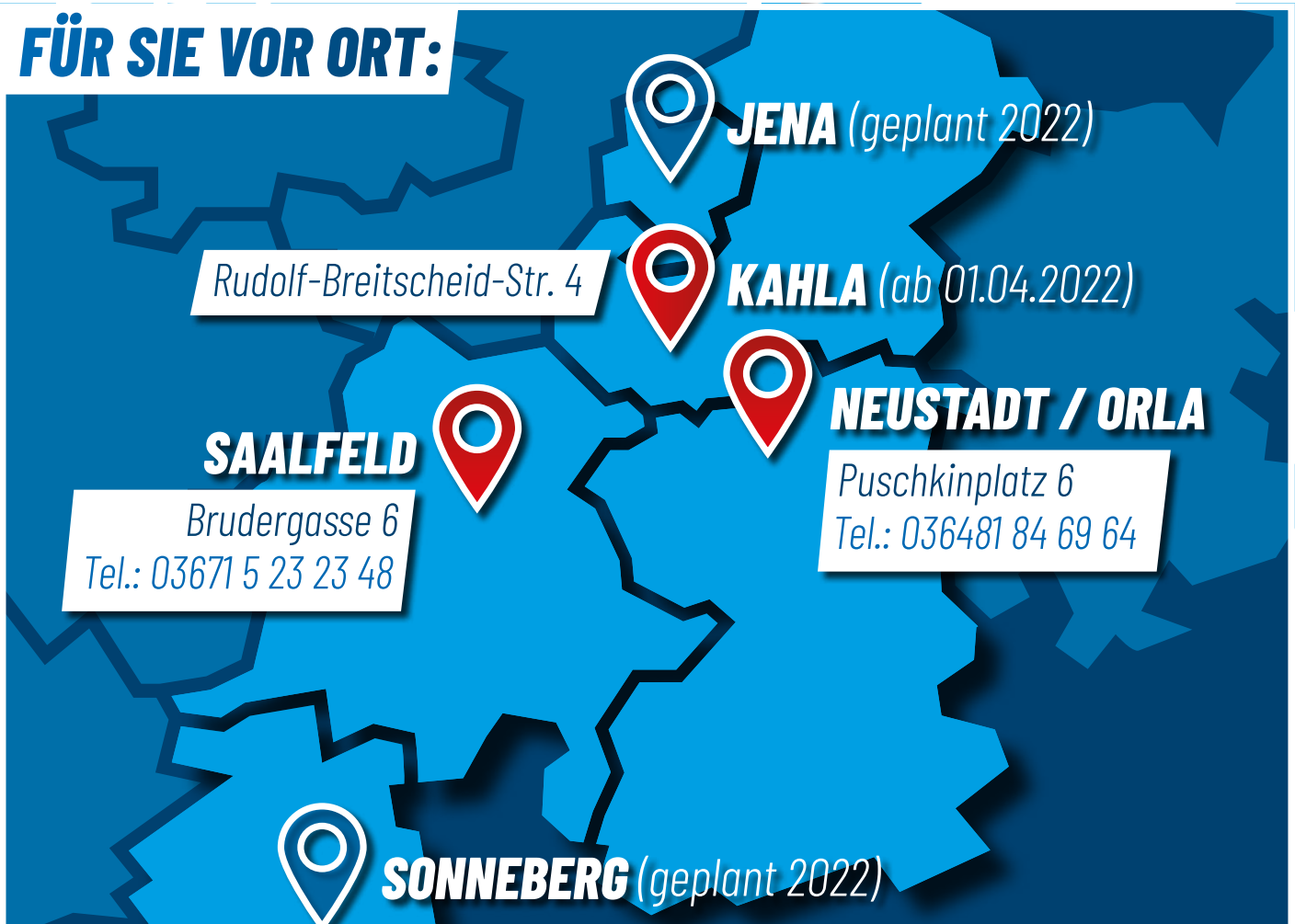
Glückwunsch an den neu gewählten Kreisvorstand im AfD-Kreisverband Süd-Ost-Thüringen!

Ich wünsche eine erfolgreiche Arbeit. Unser Land braucht Euch - mehr denn je. #unserlandzuerst



# KOMMENDE TERMINE IM OKTOBER

## FÜR SIE VOR ORT:



Prof. Dr.-Ing.  
**Michael Kaufmann**, MdB  
[www.Kaufmann-Michael.de](http://www.Kaufmann-Michael.de)



[www.Kaufmann-Michael.de](http://www.Kaufmann-Michael.de)  
[Michael.Kaufmann@bundestag.de](mailto:Michael.Kaufmann@bundestag.de)

[@AfDKaufmann](https://www.facebook.com/AfDKaufmann)  
[@KaufmannAfD](https://www.instagram.com/KaufmannAfD)

[@KaufmannAfD](https://twitter.com/KaufmannAfD)  
[t.me/KaufmannAfD](https://t.me/KaufmannAfD)

V.i.S.d.P.: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

[WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE](http://WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE)

